Ist dein Pausenbrot halal?

Muslimische Jugendliche mobben Mitschüler, die sich nicht nach ihren Glaubensvorstellungen richten, heißt es immer wieder. Was darüber bekannt ist – und wie die Schulen reagieren VON ANANT AGARWALA

An einem Sommertag in Berlin-Kreuzberg haben sich knapp 50 Leute in einem Seminarraum zusammengefunden, jeder Stuhl ist besetzt. Bei Gebäck und Filterkaffee berichten sie von Kopftuchzwang und Pausenhofpredigern, Gebeten auf dem Flur und Streit über vermeintlich gotteslästerlichen Musikunterricht. Auch von einer »gezielten Machtübernahme« ist die Rede, von einer »Unterwanderung«.

Nicht allen gefällt der Zungenschlag, eine junge Frau mit Nasenpiercing hat immer wieder ein »Problem mit dem Wording«. Aber in der Sache scheinen sich die meisten einig: Jugendliche, die nach einer reaktionären Vorstellung des Islam leben, bedrohen den Schulfrieden. Die Lehrerinnen und Schulsozialarbeiter, die hier sitzen, darunter Menschen mit Migrationsgeschichte, Altlinke und selbst erklärte Sozialdemokraten, berichten von Kindern, die als schlechte Muslime verunglimpft würden, wenn sie im Ramadan nicht fasten; von archaischen Geschlechtervorstellungen; von Ausgrenzungen gegenüber Kurden oder Juden.

Setzen an deutschen Schulen intolerante Muslime Andersdenkende unter Druck? Weil deren Wurstbrot nicht halal ist, sie kein Kopftuch tragen, nicht an Allah glauben? Oder handelt es sich dabei um ein Zerrbild der Realität – weil jeder Vorfall an einer Schule die Wahrnehmung prägt, während die Abwesenheit von Vorfällen an einer anderen niemanden interessiert?

Es geht bei diesen Fragen um viel. Darum, dass Kinder und Jugendliche so sein können, wie sie wollen. Abstrakter gesprochen: um die Rechte, die das Grundgesetz garantiert. Gleichzeitig besteht die Gefahr, aufgrund einiger womöglich isolierter Fälle eine ganze Glaubensgemeinschaft zu stigmatisieren, sich einfache Thesen für komplexe Sachverhalte zurechtzulegen.

Michael Hammerbacher bildet Lehrkräfte in Sachen religiöser Konflikte weiter und richtet mit seinem Verein für Demokratie und Vielfalt das Werkstattgespräch an diesem Tag im Juli aus. Er kennt diese Probleme, auch gegen ihn persönlich wurden schon Vorwürfe erhoben. Insbesondere im Jahr 2022, damals hatte sein Verein im Auftrag der Bezirksregierung eine Befragung unter Schulleitern und Pädagogen an zehn Berliner Schulen veröffentlicht. Fazit: Es gebe ein Problem mit »konfrontativer Religionsbekundung«. Eine Dokumentationsstelle für Vorfälle sollte eingerichtet werden, finanziert von den Behörden des Bezirks.

Foto: Caroline Heinecke für DIE ZEIT

Doch Hammerbacher, der viele Jahre gegen Rechtsextremismus kämpfte, wurde nun von Teilen der politischen Linken und aus der Wissenschaft beschuldigt, Diskriminierung zu befördern. Die Umfrage sei methodisch fragwürdig, die Verengung auf die Religion beziehungsweise den Islam verkenne die Komplexität des Themas und leiste antimuslimischem Rassismus Vorschub, hieß es. Die Dokumentationsstelle wurde nicht eingerichtet, Hammerbachers nächste Förderanträge liefen ins Leere, er musste Mitarbeiter entlassen. Er betont: Ihm gehe es nicht um den Islam, sondern um Einschüchterung. Und wenn diese aus der konservativ-muslimisch bis islamistischen Ecke komme, müsse man eben dorthin schauen. »Dass wir so wenig empirisch über das Phänomen wissen, liegt daran, dass es politisch besetzt ist. Es geht nicht um Evidenz, sondern um Deutungshoheit«, sagt er.

Ein Drittel der Befragten berichtet von religiösen Konflikten in der Schule

Tatsächlich ist die Forschungslage zum Thema karg. Eine neue, noch unveröffentlichte Befragung von Lehrkräften, Sozialarbeitern, Rektorinnen und anderem Schulpersonal in ganz Deutschland legt indes nahe, dass es sich nicht bloß um einzelne Vorfälle handelt, die auf Hotspots wie Berlin-Neukölln beschränkt sind. Die Befragten identifizierten »vielfältige religiös begründete Konflikte und teils islamistische Radikalisierungstendenzen in den Schulen«, heißt es dort. »Etwa ein Drittel der Befragten berichtet von religiösen Konflikten, etwa ein Viertel von religiös bedingter Radikalisierung«, sagt Margit Stein, Co-Autorin der Studie und Professorin für Erziehungswissenschaften an der Universität Vechta. Ländliche Gebiete seien ebenso betroffen wie Großstädte, Grundschulen ebenso wie Gymnasien oder berufliche Bildungszentren – zumindest dort, wo unterschiedliche Glaubensrichtungen und -praktiken aufeinandertreffen. In der Studie geht es theoretisch um religiöse Konflikte jeder Couleur, faktisch aber fast ausschließlich um muslimische Schüler.

Knapp jeder elfte Befragte berichtet von Missionierungsversuchen, jeder siebte von Konflikten über Kleidungsvorschriften, jeder fünfte von solchen übers Fasten. Und: 42 Prozent geben an, »religiös motivierte Anfeindungen« mitbekommen zu haben, etwa gegenüber Personen, die ihren Glauben vermeintlich falsch praktizierten, jüdischen oder als homosexuell geltenden Schülern. Befragt wurden knapp 700 Personen, repräsentativ ist die Stichprobe nicht. Zudem ist unklar, wie viele Problemschüler sich hinter den Zahlen verbergen. Ein Unruhestifter reicht aus, damit ein Fall in der Statistik auftaucht; an wie vielen Schulen eine Unterdrückungskultur herrscht, lässt sich daraus aber nicht schließen.

Ihre Studie gebe einen Einblick, zeichne aber kein abschließendes Bild, sagt Margit Stein. Erstens könnten Pädagogen Situationen vorschnell als religiös bedingt deuten; zweitens fehle die Perspektive der Schüler, sie wurden nicht befragt. Sie gehe allerdings davon aus, sagt Stein, dass in der geplanten Anschlussstudie unter Jugendlichen die Antworten eher von noch mehr Konflikten zeugen werden: »Dies kennt man vom Thema Mobbing. Lehrkräfte berichten in Studien regelmäßig von weniger Fällen als Schülerinnen und Schüler.«

Wer fragt, bekommt jedenfalls schnell Vorfälle geschildert. Lehrerinnen sagen, in ihrer Klasse versuchten Jugendliche, ihre Mitschüler zu missionieren. Der Leiter einer Nachmittagsschule berichtet, manche seiner Schülerinnen führen kein Fahrrad mehr, weil sie dafür westliche Kleidung tragen müssten, was haram sei, also verboten. Eine Mutter aus Hamburg erzählt, dass sie ihren Kindern geraten habe, in der Schule zu verschweigen, dass sie Kurden seien – damit sie nicht von den Erdoğan-Fans in der Klasse beleidigt werden.

Hier wird deutlich, dass es unpräzise ist, allein von religiösen Konflikten zu sprechen. Etwa wenn es um Kurdenfeindlichkeit oder den seit dem Krieg in Gaza verschärften Antisemitismus geht. Denn selbst wenn die Religion für Ideologie und politische Mobilisierung wichtig ist – sind verworrene politische Konflikte, die auch auf deutschen Schulhöfen landen, im Kern eine Frage des Islam? Eher bilden Historie, kollektive Erzählungen, Religion, kulturelle Normen und politische Zerwürfnisse ein Amalgam.

Neukölln, ein Tag Ende September, auf der Sonnenallee tragen viele Geschäfte arabische Schriftzüge und auch die Schaufensterpuppen Kopftuch. Güner Balci empfängt nebenan im Bezirksrathaus, wo sie als Integrationsbeauftragte in einem Büro mit Al-Pacino-Poster und Büchern von Bushido und Heinz Buschkowsky arbeitet. Lehrkräfte wendeten sich ebenso an sie wie Eltern oder Schülerinnen und Schüler, sagt Balci. Viele erzählten, es herrsche Druck bei der Frage, wie sich Frauen zu kleiden haben oder welche Umgangsformen zwischen Mädchen und Jungs herrschen sollten. Es gebe auch Fälle wie den der biodeutschen Mädchen, die in ihrer arabisch dominierten Klasse als »Ungläubige« gemobbt wurden und die Schule verlassen mussten. Die meisten Betroffenen seien aber selbst muslimische Kinder, sagt Balci. »Es beklagen sich auch konservative oder laizistisch geprägte Eltern, die nicht wollen, dass man ihren Kindern diktiert, wie sie ihre Religion zu leben haben.«

Für Balci drehen sich die Konflikte auf dem Schulhof zuvorderst um Identität. »Klar, das ist religiös konnotiert. Aber oft geht es schlicht um Gruppenzugehörigkeit«, sagt Balci. »Das hat sich in bestimmten Milieus über Jahre und Jahrzehnte entwickelt, auch als Abgrenzung.« Mit anderen Worten: Wer keinen Anschluss in der Mehrheitsgesellschaft findet, sucht sich andere Angebote. »Und dieses Angebot ist häufig der Islam, geprägt von Pop-up-Imamen, TikTok-Predigern und reaktionären Moscheen.« Natürlich müsse man auch Weltbilder akzeptieren, die einem selbst unsympathisch seien, sagt Balci. Sobald aber Würde und Rechte des Einzelnen verletzt werden, seien Schulen, Politik und Zivilgesellschaft gefragt, »knallhart« gegenzuhalten. Doch viele hätten Beißhemmungen: Wo es um religiöse Identität gehe, sei der Rassismus-Vorwurf nie weit. »Dabei geht es ja nicht um den Glauben. Sondern um eine harte politische Agenda aus Geschlechtertrennung, Homophobie und Antisemitismus. Um die Ablehnung einer freien demokratischen Gesellschaft.«

Die Kultusministerien erfassen religiöse Diskriminierung nicht

Wo Freiwilligkeit endet und Gruppenzwang beginnt, lässt sich von außen selten zweifelsfrei feststellen. Zumal es nur in wenigen Fällen um strafrechtlich relevante Vergehen geht. Eine Anfrage der ZEIT bei den Kultusministerien der 16 Länder ergab, dass religiöse oder ethnische Diskriminierung fast nirgends statistisch erfasst wird, sofern es keinen Verdacht auf extremistische Straftaten gibt.

Baden-Württemberg verwies als einziges Bundesland auf eine Meldepflicht »über religiös, ethnisch und antisemitisch begründete Diskriminierungsvorfälle« – seit 2018 seien insgesamt 211 Fälle erfasst worden.

Das Land Hessen wiederum schreibt: Zwischen 2022 und 2024 seien dem Ministerium »insgesamt 43 extremistische Vorfälle mit religiöser oder herkunftsbezogener Motivation« gemeldet worden.

Aus Berlin kam auf die Anfrage keine Antwort.

Das Märkische Viertel im Norden von Berlin, Armut und Beton. Am Thomas-Mann-Gymnasium – 1.000 Schüler, 80 Prozent sprechen zu Hause kein Deutsch, jedes zweite Kind lebt in einer Familie, die Anrecht auf Sozialleistungen hat – seien harte Schulhofkonflikte die Ausnahme, sagt Schulleiter Jan Liedtke. Einen Trend zum Kopftuch, den sähen er und sein Kollegium, keine Frage. Für ihn ist dies aber eher Ausdruck von konservativen Werthaltungen in den Familien der Mädchen und Teil einer typisch jugendlichen Gruppendynamik. »So wie es an anderen Schulen Anpassungsdruck gibt, Alkohol zu trinken oder bestimmte Marken zu tragen«, sagt Liedtke. Kürzlich aber habe sich ein Elternpaar an ihn gewandt, weil die Tochter plötzlich ein Kopftuch trug. Es kam heraus, erzählt Liedtke, dass das Mädchen es satthatte, in ihrer Klasse weiter als schlechte Muslimin zu gelten.

Viele seiner Kollegen wüssten nicht, wie sie mit solchen Situationen umgehen sollten, sagt ein Lehrer des Gymnasiums, es sei zu wenig Wissen zu religiösen Fragen vorhanden. Bei klar islamistischer Agitation sei die Sache eindeutig, da drohe der Schulverweis. Aber im Graubereich von religiösem Mobbing wüssten viele Lehrer nicht, was sie tun sollten.

Die Studie von Margit Stein bestätigt ein gewisses Vakuum: Demnach hat nur knapp jede dritte Lehrkraft an einer Fortbildung zum Umgang mit religiöser Vielfalt teilgenommen. Dafür, mit islamistischen Bestrebungen umzugehen, fühlt sich weniger als jeder Zweite gewappnet. Zumal die Pädagogen mit patriarchal geprägten Elternhäusern und TikTok konkurrieren, wo den Jugendlichen die vermeintlichen Wahrheiten über ein Leben als guter Muslim begegnen.

Ein Anruf bei Huthifa Al-Mashhadany, Rektor der säkularen Deutsch-Arabischen Schule, an der Kinder in Düsseldorf, Chemnitz und Berlin am Wochenende Arabisch lernen. Al-Mashhadany, selbst erst 2018 aus dem Irak nach Deutschland gekommen, vermittelt regelmäßig in Konfliktfällen. Er kenne die TikTok-Videos. »Da hören sie: Kino ist haram, chinesisches Restaurant ist haram, Lidl ist haram. Mädchen sollen mit zwölf ein Kopftuch tragen und Jungen nicht mehr die Hand geben. Es ist eine Katastrophe.« Er glaubt, dass es im ganzen Land arabischsprachige Kräfte braucht, kulturelle Mittler, die den Radikalen argumentativ etwas entgegensetzen können. Also Leute wie ihn. »Mit dem deutschen Modell – ich erkläre dir jetzt mal, wie Deutschland funktioniert – erreicht man niemanden«, sagt Al-Mashhadany.

In den kommenden Jahren entscheide sich, wie das Verhältnis vieler muslimischer Kinder zum Staat aussehen werde. Dafür oder dagegen.

www.zeit.de/vorgelesen